



In der sozialen Marktwirtschaft geht es nicht mehr darum, gute Bedingungen für eine gesellschaftlich nützliche Tätigkeit zu schaffen, sondern es geht mehr und mehr um blosses «rent seeking».

ANNICK RAMP / NZZ

## Für eine Wiederbelebung der Marktwirtschaft

*An der Marktwirtschaft lässt sich einiges bemängeln. Die Alternativen dazu sehen aber weit weniger erfreulich aus. Es gilt, die Defizite der Marktwirtschaft zu benennen und gezielt abzubauen. Gastkommentar von Bruno S. Frey*

Der Marktwirtschaft verdanken wir zu einem guten Teil unseren hohen materiellen Wohlstand. In der Schweiz sind zudem Einkommen gleichmässiger verteilt als in anderen Ländern, und die politische Führung und ihre Seilschaften bereichern sich nicht so unverschämt wie unter autoritären Regimen. In Planwirtschaften glauben überdies die Regierenden und deren Bürokraten die zukünftige Entwicklung der Wirtschaft und Gesellschaft zu kennen, was eine völlige Illusion ist. Die Alternativen zur Marktwirtschaft sehen wenig erfreulich aus.

Die Marktwirtschaft leidet zwar unter erheblichen Defiziten: Zum Ersten werden Fehlentscheidungen in grossen Unternehmen zu wenig verhindert. Verwaltungsräte verhalten sich oft zu passiv gegenüber der Geschäftsleitung. Das liegt weniger an ihren Fähigkeiten als vielmehr daran, dass sie in der Regel faktisch durch den CEO ernannt werden. Wer im Verwaltungsrat bleiben möchte, legt sich besser nicht mit dem CEO an. Hinzu kommt, dass grosse ausländische Investment-Gesellschaften einen grossen Teil der Aktien halten. Sie sind bestenfalls an Profit und Risiko interessiert, nicht jedoch an den laufenden Entscheidungsprozessen der Unternehmung.

Zum Zweiten erhalten Manager grösserer Unternehmen nicht selten exorbitante Boni. Diese werden üblicherweise mit der angeblich hohen Verantwortung gerechtfertigt, die ein Manager oder eine Managerin trage. In Unternehmungen wie der UBS fliessen zeitweise mehr Boni an das Management als Dividenden an die Aktienbesitzer. Die beschworene «Verantwortung» für das Wohlergehen der Unternehmung ist häufig nur ein schönes Wort. Die Manager und Mitglieder des Verwaltungsrates müssen nie die für ihre Tätigkeit erhaltenen hohen Boni zurückzahlen, wenn die Firma weniger gut läuft.

Zum Dritten lässt sich kaum mehr von einer «sozialen Marktwirtschaft» sprechen, eher von einer «politisierten Marktwirtschaft». Es geht nicht mehr darum, Individuen und Firmen gute Bedingungen für eine gesellschaftlich nützliche Tätigkeit zu schaffen, sondern es geht um «rent seeking». Jede Gruppe versucht möglichst viel Steuer-gelder zu vereinnahmen. Dazu gehört auch, marode Unternehmen durch den Staat retten zu lassen, um angeblich das wirtschaftliche System vor dem Abgrund zu retten.

Zum Vierten bleibt vielfach offen, wie die Ergebnisse von Volksinitiativen zu finanzieren sind. Ein aktuelles Beispiel ist die 13. AHV-Rente. Diese Unklarheit hinsichtlich der Finanzierung des Ausbaus kommt einer Irreführung der Stimmbürger und Stimmbürgerinnen gleich und führt zu einer Aufblähung der Staatsausgaben.

Anstatt nun aber auf illusionäre Alternativen zur Marktwirtschaft zu bauen, sollten die erwähnten Defizite angegangen werden. Blosser Aufrufe zur Festigung der Marktwirtschaft bringen dabei wenig. Notwendig sind vertragliche Abmachungen am besten auf Verfassungsebene, welche juristisch durchgesetzt werden können. Als Erstes müssten Manager neben «Boni» für besonders gute Leistungen auch «Mali» für schlechte Leistungen vertraglich akzeptieren. Natürlich muss prä-

Es lässt sich kaum mehr von einer «sozialen Marktwirtschaft» sprechen, eher von einer «politisierten Marktwirtschaft».

zise eine gute von einer schlechten Leistung unterschieden werden, was nicht einfach ist. Zweitens muss der rasant wachsenden staatlichen Administration Einhalt geboten werden. Ein grosser Teil der Defizite heutiger Marktwirtschaften geht auf die staatliche Verwaltung zurück. Bürokraten profitieren durch stetig zunehmende staatliche Eingriffe in den Wirtschaftsablauf. Dieses Verhalten lässt sich nur schwierig dämpfen oder gar vermeiden, weil Staatsangestellte faktisch nicht entlassen werden können. Es könnte für einen gewissen Zeitraum formell verboten werden, frei werdende Stellen wieder zu besetzen – oder zumindest Versetzungen innerhalb der staatlichen Bürokratie zu verlangen.

Der dritte Bereich ist die parlamentarische Repräsentation. Planwirtschaftliche Tendenzen sind schwer zu bremsen, weil Interessenvertreter sie zu ihren eigenen Gunsten durchsetzen. Die staatliche Administration ist eine solche Interessengruppe. Staatsangestellte sollten deshalb nicht in Parlamenten sitzen dürfen. Die Mitglieder von Parlamenten bestimmen nicht nur selbständig ihre Entlohnung (was höchst fragwürdig ist), sondern werden wegen ihrer Position zu immer mehr Interventionen in den Wirtschaftsablauf gedrängt. Damit steigt die Zahl und Bedeutung der staatlichen Bürokratie. Viertens müssen die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger korrekt über die Auswirkungen von Initiativen orientiert werden. In jedem Text einer Initiative, die zu höheren Ausgaben des Staates führt, müsste deshalb auch die Finanzierung dargelegt werden – am besten von unabhängigen Institutionen.

Diese institutionellen Vorschläge zur Wiederbelebung der Marktwirtschaft stellen sicherlich keine allumfassende Lösung der vorhandenen Mängel dar. Sie sollten jedoch als gangbare Möglichkeiten im Auge behalten werden.

Bruno S. Frey ist ständiger Gastprofessor an der Universität Basel und Forschungsdirektor am Center for Research in Economics, Management and the Arts, Zürich (Crema).

Wir erinnern uns: Anfang Mai 2011 exekutierte eine Spezialeinheit der US-Navy Usama bin Ladin in dessen Unterschlupf in Pakistan. Präsident Obama verkündete dem amerikanischen Volk: «Justice has been done.» Und damit bediente er ein vorherrschendes Gefühl, das eine populäre Zeitung so zum Ausdruck brachte: «Wir haben ihn! Endlich wurden wir gerächt!» Solche Wortwahl erinnert an Vendetta. Besonnenere Zeitgenossen wunderten sich, wie Obama, immerhin ein ausgebildeter Jurist, sich an einer solchen Formulierung vergreifen konnte. Kann «Gerechtigkeit» als Rache daherkommen?

Der Terrorismus ist bedrohlich genug. Noch bedrohlicher ist eine allgemeinere Entwicklung: das Wiederaufleben und Erstarben des Rachege-dankens in der Politik. Die Islamisten sind die Pioniere. Ihre Ideologen des modernen Terrors wollen primär keinen Krieg gewinnen, sie wollen Vergeltung als Antwort auf die Erniedrigung und Kränkung der einst überlegenen islamischen Kultur durch die Entwicklung der modernen Zivilisation, die ja nun tatsächlich primär in Europa und Nordamerika stattgefunden hat.

Dieses Gefühl der Erniedrigung ist die eigentliche Brutstätte des Racheeffekts. Demagogen aller Art verwenden eine Dreischritt-Taktik zur Weckung dieses Affekts. Man redet dem Publikum zunächst ein, wie stark es gedemütigt werde. Dann sucht man nach den Urhebern dieser Erniedrigung. Schliesslich inszeniert man sich als die Figur, die Vergeltung verspricht.

Ein Schulbeispiel lieferte Donald Trump in seinem Wahlkampf 2016. Er begann auf dem Register der Erniedrigung und Bedrohtheit: «Unser Land ist in ernsthaften Schwierigkeiten. Wir haben keine Siege mehr. (...) [Die Chinesen] lachen über uns als Einfallspinsel. Sie schlagen uns im Geschäft.» Dann suchte er im zweiten Schritt die Schuldigen: «Wenn Mexiko seine Leute schickt, schickt es nicht die Besten (...), und diese Leute bringen ihre Probleme zu uns. Sie bringen Drogen. Sie bringen Kri-

## Der neue Wille zur Rache

*Über das Erstarben des Vergeltungsgedankens in der Politik. Gastkommentar von Eduard Kaeser*

minalität. Sie sind Vergewaltiger. (...) Und all dies kommt nicht nur von Mexiko, sondern von überall her aus dem Süden (...), und es kommt wahrscheinlich – wahrscheinlich – aus dem Mittleren Osten.»

Schliesslich öffnete der Überbringer schlechter Nachrichten seinen Wundermittelkoffer: «Nun braucht unser Land (...) einen wirklich grossen Führer (...), einen Führer, der «the art of the deal» schreibt, der unsere Jobs zurückbringt, unser Militär.» Diesem Niveau bleibt Trump bis heute treu. Er spielt den Rächer der Erniedrigten. An einer Konferenz der Konservativen 2023 sagte er: «Für all die, denen Unrecht getan wurde: Ich bin eure Vergeltung.»

Es verlockt, zumindest hypothetisch, das Aufleben des Rachege-dankens mit der globalen Lage in Zusammenhang zu bringen. Die Welt ist eth-

nisch-kulturell zersplittert, trotz Uno-Charta. Heute spricht man schon fast abschätzig über eine sogenannte regelbasierte Weltordnung. Wo aber die Fundamente eines internationalen Regelwerks bröckeln, kann der Rachege-danken ungehindert Fuss fassen.

Ganz offensichtlich im Israel-Hamas/Hizbullah-Konflikt. Die Medien gebrauchen gerne das Bild der unaufhaltsamen Eskalationsspirale. Beide Parteien «müssen» vergelten, aber nach unterschiedlicher Logik. Die islamistische Logik sieht im Terror Vergeltungsaktionen gegen die «Kolonialmacht» Israel, letztlich gegen «den Westen». Und die Rache trifft mit wahlloser Grausamkeit Zivilisten, wie der 7. Oktober 2023 gezeigt hat. Die israelische Logik sieht sich gezwungen, darauf zu reagieren. Aber wie? Soll man Gleiches mit Gleich-

chem vergelten? Seinerseits Palästinenser in Gaza wahllos «bestrafen»?

Das kollaterale Leid, das die gezielten israelischen Schläge gegen den Hamas-Terror in Gaza und den Hizbullah-Terror in Libanon verursachen, wiegt schwer, und gewiss spielen untergründig auch Rachemotive mit. Aber der Staat Israel steckt in der Zwickmühle. Er hängt stark von westlicher Unterstützung ab, und er sieht sich im Gegensatz zur Hamas und zum Hizbullah den Maximen des internationalen Völker- und Kriegsrechts verpflichtet. Das von Hamas-Sympathisanten auf den Strassen vieler westlicher Metropolen leichtfertig verkündete Fallbeil-Urteil, «Genozid» zu begehen, hängt über allen seinen Aktionen. Abgesehen von solcher Rechtfertigungsproblematik vernimmt man in Zeitungskommentaren nun Atavismus-Alarm; die Warnung vor biblischen Zeiten blindwütiger Rache. Also letztlich vor kompromisslosen Vergeltungskriegen.

Zeigt sich hier das Modell für ähnliche politische Konflikte? Spekulationen über kulturelle Rückschritte sind stets abenteuerlich. Aber man erinnert sich an Francis Fukuyamas These vom Ende der Geschichte, die Anfang der neunziger Jahre den globalen Siegeszug der liberalen Demokratie – und damit auch der Rechtsstaatlichkeit – verkündete. Man konnte die These als Lob «westlicher» politischer Reife lesen, die das Zeitalter der Vergeltung endlich überwindet und uns «Aufgeklärten» erlaubt, die Welt dank Recht und Gesetz zu regulieren.

Nichts gegen den Glauben an die Aufklärung, aber hüten wir uns vor leichtfertigem Idealismus. Ressentiment und Rache lassen sich durch Recht und Gesetz nicht überwinden, sondern nur domestizieren. Und gerade im Souterrain des Verdrängten entfaltet der Wille zur Rache seine diabolische Potenz. Potenziell in uns allen.

Eduard Kaeser ist Physiker und promovierter Philosoph. Er ist als Lehrer, freier Publizist und Jazzmusiker tätig.